

1047/1
16
NATIONALRAT
DER REPUBLIK ÖSTERREICH
Klub der Abgeordneten der
Österreichischen Volksoption
Wien, I., Parlament

11 b
Wien, am 26. März 1955

Herrn

Bundeskanzler Julius Raab

W i e n I.,

Ballhausplatz

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler !

Wir haben Ihren Brief vom 21. März ds. erhalten.

Der Kongress für die Einheit und Unabhängigkeit Österreichs, der am 13. März 1955 in Wien tagte, hat, getragen von der Sorge um Österreich und in der Erkenntnis der wachsenden Gefahren, die der Unabhängigkeit und Einheit unseres Landes drohen, einen einstimmigen Beschluss gefasst, in dem es heisst:

"Ausgehend davon, dass eine einseitige Orientierung den Abschluss des Staatsvertrages erschwert und die Unabhängigkeit Österreichs gefährdet, fordert der Kongress die Regierung auf, die Anregung Molotows aufzugreifen und durch die Entsendung einer Delegation führender Regierungsmitglieder nach Moskau den persönlichen Kontakt herzustellen, um Vorverhandlungen über den Abschluss des Staatsvertrages und die Sicherung der Unabhängigkeit Österreichs aufzunehmen".

Es ist bedauerlich, dass sowohl der Bundeskanzler als auch sein Stellvertreter die vom Kongress beauftragte Delegation nicht empfangen und sich so der Pflicht entzogen haben, zu den Vorschlägen des Kongresses Stellung zu nehmen. Sie verweisen, Herr Bundeskanzler, in Ihrem Brief " auf die Möglichkeit, die Frage der Unabhängigkeit Österreichs im Parlament zu erörtern". Aber eine solche Möglichkeit ist gerade in diesen Tagen, in denen für Österreich lebenswichtige Entscheidungen fallen, dem Parlament nicht gegeben worden.

Die Gefahren für die Unabhängigkeit und Einheit Österreichs sind weiter angewachsen: durch die Ratifizierung der Pariser Protokolle in Westdeutschland und den Druck der auf Frankreich ausgeübt wird, um auch dort die Ratifizierung dieser Verträge zu erreichen, die zur Wiedererstehung des deutschen Militarismus an unserer Grenze führen sollen. Der deutsche Militarismus ist heute, so wie in der Vergangenheit, eine tödliche Bedrohung für Österreich. Die Sowjetunion hat durch die Erklärung, die Molotow am 24. März ds. dem Gesandten Bischoff abgegeben hat, unserem Land neuerlich die Möglichkeit geboten, diesen Gefahren zu begegnen und einen entscheidenden Schritt vorwärts zur Sicherung der Unabhängigkeit und Einheit Österreichs zu machen. Die Sowjetunion hat in dieser Erklärung alles aus dem Weg geräumt, was von anderer Seite als hinderlich für den raschen Abschluss des Staatsvertrages bezeichnet wurde. Sie hat gleichzeitig eine offizielle Einladung an die Österreichische Regierung zur Entsendung einer Delegation nach Moskau gerichtet. Wir appellieren im Namen der Delegierten des Kongresses für Einheit und Unabhängigkeit Österreichs, an die Österreichische Regierung, diese Gelegenheit zu ergreifen und nicht nur eine Delegation nach Moskau zu entsenden, sondern auch in Vorverhandlungen in Moskau durch die gemeinsame Festlegung der Massnahmen zur Sicherung der Unabhängigkeit und Einheit Österreichs einen entscheidenden Beitrag zum Abschluss des Staatsvertrages zu leisten. Wenn es gelingt, in Moskau eine Einigung über die notwendigen Massnahmen zur Sicherung der Unabhängigkeit und Einheit Österreichs gegenüber der neuen Anschlussgefahr zu finden, so kann Österreich mit realen Erfolgsaussichten den sofortigen Zusammentritt einer Viermächtekonferenz verlangen, auf welcher der österreichische Staatsvertrag abgeschlossen werden kann.

Wir halten es für unerlässlich, dass das Parlament in dieser entscheidenden Situation seine Meinung über die Massnahmen sagt, die zur Sicherung der Unabhängigkeit und Einheit Österreichs getroffen werden müssen.

Wir sind zutiefst überzeugt, dass diese Forderungen den Interessen unseres Landes und den Wünschen unseres Volkes entsprechen.

Hochachtungsvoll !

Für die Abgeordneten der
Österreichischen Volksopposition

Dr. Koppenberg